

Ä2 Ungebrochen Solidarisch - Gegen Rechts hilft Links

Antragsteller*in: Lilli Grosch, Johannes Hunger, Sebastian Hansen, Mathilda Oechslein, Arian Kunze, Kai Frescher, Marvin Bauersfeld, Alexander Eichel, Anna Gmeiner, Jonas Turber, Florian Wunderle, Hannes Rosenitsch, Mia Morell, Eva Boyks, Anna Kock, Jannis Decker

Änderungsantrag zu P1

Von Zeile 7 bis 18:

~~Überall ist das Erstarken rechter Netzwerke und rechter Politik spürbar. "Bürgerliche" Parteien und Gruppierungen oder Unternehmer*innen und Reiche zeigen keine klare Abgrenzung, und auch progressive Parteien geben dem Druck von Rechts nach.~~

~~Anstatt dass sich unsere Gesellschaft weiter demokratisiert und ein solidarisches Zusammenleben entwickelt, steht die Demokratie stark unter Beschuss und muss verteidigt werden. Von rechtsextremen Bewegungen wie der "Identitären Bewegung" bis zur AfD als parlamentarischer Arm entwickeln Rechte gemeinsame Strategien für einen starken öffentlichen Auftritt im Netz sowie auf der Straße, verschieben bewusst das Fenster des Sagbaren immer weiter nach rechts und organisieren so ihren Machtaufbau. Als politische Linke müssen wir feststellen: Sie sind gerade erfolgreich.~~

Überall ist das Erstarken extem rechter Netzwerke und rechter Politik spürbar. Die extreme Rechte hat in den letzten Jahren ein breites Netzwerk aus demokratiefeindlichen Vorfeldorganisationen, finanzstarken Spender*innen und fragwürdigen Verbindungen ins Ausland, insbesondere nach Russland, aufgebaut. Zentrum dieses Netzwerks ist die sogenannte "Alternative für Deutschland", mit der es die extreme Rechte erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik geschafft hat, eine Partei gewissermaßen als "Lagerfeuer" zu etablieren, um das sich verschiedenste demokratiefeindliche Gruppen versammeln können, egal ob klassische Neonazis, "Querdenker*innen", sog. Neue Rechte oder vorgeblich bürgerliche Milieus.

Die extreme Rechte arbeitet dabei mit dem Konzept der "kulturellen Hegemonie", das sie vom italienischen Marxisten Antonio Gramsci adaptiert hat. Das bedeutet, dass in allen Lebensbereichen eine Hegemonie extrem rechter Postionen und Erzählungen etabliert werden soll, da dies als Voraussetzung für eine erfolgreiche Machtübernahme angesehen wird. Entsprechend agieren die unterschiedlichen Organisationen und Einzelpersonen aus dem extrem rechten Milieu und versuchen, die Debatte in den sozialen Medien zu dominieren, in Verwaltungen, Betrieben sowie Betriebsräten Schlüsselpositionen zu besetzen, soziale Räume wie Jugendzentrum für sich einzunehmen und damit letztlich das Fenster des Sagbaren immer weiter nach rechts zu verschieben. Dazu kommen gezielte, auch gewalttätige Einschüchterungen politischer Gegner*innen.

Das Ziel all dieser Bemühungen ist die Etablierung eines autoritären, national-chauvinistischen Regimes. Menschen mit Migrationsgeschichte würden mehr oder weniger direkt gezwungen, das Land zu verlassen, die in den letzten Jahren erkämpften Rechte für queere Menschen wieder abgeschafft und Frauen zurück in patriarchal geprägte Rollenbilder gedrängt. Auch gegen Jüdinnen*Juden würde sich eine derartige Herrschaft richten, denn Antisemitismus ist ein inhärenter Teil der extrem rechten Ideologie.

Kurz: Anstatt dass sich unsere Gesellschaft weiter demokratisiert und ein solidarisches Zusammenleben entwickelt, steht die Demokratie stark also unter Beschuss und muss entschlossen verteidigt werden.

Begründung

Der Antrag wurde überarbeitet, da der ursprüngliche Antrag an vielen Stellen zu wenig differenziert, zu wenig ausführlich und analytisch zu wenig tiefgehend und teilweise verkürzt war. Zudem wurden an einigen Stellen konkrete Forderungen ergänzt. Klar ist für uns, dass das Erstarken der extremen Rechten in den letzten Jahren keineswegs nur monokausal materialistisch erklärt werden kann, sondern dass es hierfür auch erhebliche kulturelle Gründe gibt. Diese Strategie der "kulturellen Hegemonie" wird von der extremen Rechten selbst propagiert, weswegen sie in unserer Analyse berücksichtigt werden muss und wir Gegenstrategien entwickeln müssen. Es wurde ein Part zu Social-Media ergänzt, um dieses Problem zu adressieren. Das gleiche gilt für die politische Bildung, zu der entsprechend ein Absatz eingefügt wurde.